

Griechenland

Peter A. Zervakis

In Athen warnen immer mehr Beobachter, dass das Land trotz einer bemerkenswerten und unerwarteten Erholung aus der Schuldenkrise nun in eine Phase tiefer politischer und sozialer Instabilität hinein geraten könnte.¹ Hintergrund ist der Mord an zwei Mitgliedern der rechtsextremen Partei „Goldene Morgenröte“ (*Chrysi Avgi*), die seit den beiden Wahlen 2012 ins griechische Parlament eingezogen war.² Die 22 und 29 Jahre alten Männer waren am Freitag vor dem Parteibüro in Athen erschossen worden. Quellen im Polizeiapparat sprechen von einem möglichen Terrorakt. Die Professionalität des Anschlags, der Einsatz eines Motorrads und die vorherigen Befürchtungen der Polizei, dass ein Terroranschlag bevorstehen könnte, deuteten in diese Richtung. Eine Verwicklung des organisierten Verbrechens oder persönliche Rachemotive gelten als weniger wahrscheinlich. Die Ermittlungen werden vom Anti-Terror-Dienst der griechischen Polizei geleitet. Die linksliberale Zeitung „To Víma“ zitiert (nicht namentlich genannte) Ermittler mit der Aussage, die Behörden hätten seit einiger Zeit Terroranschläge befürchtet, allerdings ursprünglich finanzielle oder politische Ziele vermutet. Aber der Mord an Paúlos Fyssás habe das verändert, so „To Víma“. Der Rapper Fyssás war Mitte September vor einem Café in Athen erstochen worden, vermutlich von einem Neonazi mit Verbindungen zur „Goldenen Morgenröte“. Der Fall führte zu großen Protesten, die Polizei geht seither entschiedener gegen die rechtsextreme Partei vor. In Griechenland wird nun vermutet, dass der Doppelmord eine Racheaktion für den Tod von Fyssás sein könnte. Die Sicherheitskräfte vermuten hinter dem Anschlag linksradikale Gruppierungen wie die „Sekte der Revolutionäre“ oder eine andere Splittergruppe der 2010 zerschlagenen Untergrundorganisation „Revolutionärer Kampf“. Zwar wird auch die Gründung einer neuen Organisation nicht ausgeschlossen. Allerdings deutet einiges auf die bekannten Gruppen hin. Die gleiche Tatwaffe war auch schon bei den Morden an einem Journalisten und einem Polizeibeamten benutzt worden, die der „Sekte der Revolutionäre“ zugerechnet werden. Auch frühere Anschläge aus dem linksextremen Untergrund waren eine Reaktion auf vorherige Ereignisse. Der „Revolutionäre Kampf“ verübte etwa nach dem Tod des Schülers Aléxandros Grigorópoulos, der 2008 in Athen schwere Unruhen zur Folge hatte, einen Anschlag auf das Kultusministerium.³

Der Antiparlamentarismus der parlamentarischen Rechts- und Linksextremisten

Die griechische Gesellschaft, die ohnehin tief frustriert ist von der seit 2008 anhaltenden Wirtschafts- und Politikkrise, ist jetzt von einer neuen inneren Spaltung bedroht.⁴ Eine Reihe politischer Kommentatoren sieht im Gefolge des Fundamentalprotests gegen das seit

1 Vgl. Spiegel Online vom 21.10.2013, in: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/euro-krise-griechisches-defizit-ueberraschend-gesunken-a-929022.html> sowie Klaus Schrader/David Bencek/Claus-Friedrich Laaser: IfW-Krisencheck: Alles wieder gut in Griechenland?, Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 522/523.

2 Peter A. Zervakis: Griechenland, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2012, S. 429-432.

3 Vgl. Spiegel Online vom 2.11.2013, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/anschlag-auf-neonazis-in-athen-griechenland-fuerchtet-neue-unruhen-a-931388.html>.

4 Vgl. Gustav Auernheimer: Zwei Wahlen im Zeichen der Krise. Ergebnisse, Hintergründe und Folgen, in: Südosteuropa 60, 3/2012, S. 303-320.

1974 etablierte parteipolitische Establishment ein Wiedererstarben der rechtsextremistischen Partei. Die griechischen Medien sprechen gar von einem gezielten Versuch, das Land zu destabilisieren. „Zwölf Kugeln gegen die Demokratie“ titelt die liberal-konservative Tageszeitung „Ta Nea“. Und beim konservativen „To Ethnos“ heißt es: „Eine Exekution, die auf die Stabilität zielt.“ Die Behörden müssten die Tat so schnell wie möglich aufklären, forderte auch die konservative Athener Zeitung „Kathimerini“, um einen „Kontrollverlust“ zu verhindern. Für Dimítris Papadimóulis, Abgeordneter der linksradikalen Oppositionspartei Syriza, die seit Juni 2012 zweitstärkste parlamentarische Partei ist, sind die Morde „ein Schlag gegen die Demokratie, die Gesellschaft und unser Land“. Denn „sie sind kein Schlag gegen den Faschismus. Sie nähren ihn.“ Die Rechtsextremisten hätten zuletzt deutlich an Popularität verloren. Jetzt, so Papadimóulis, versuche die „Goldene Morgenröte“, den Anschlag für ihre Zwecke zu nutzen. Für den Linkspopulisten Papadimóulis habe erst das politische System den Weg für den Mord geebnet, indem es eine Atmosphäre der Feindseligkeit gegen die Partei geschaffen habe. In der für jede griechische parlamentarische Oppositionspartei typischen Lesart machte er „die Regierung Samarás und korrupte Medien dafür verantwortlich“.⁵ In sozialen Netzwerken und Internetforen kündigen Sympathisanten der Rechtsextremisten dagegen unverhohlenen Rache an. Bei den Ermordeten handelt es sich unbestätigten Berichten zufolge um einen 22-jährigen Studenten und einen 27-jährigen Türsteher. Ein 29-jähriger Familienvater wurde schwer verletzt und liegt im Krankenhaus. Die Täter hätten den Plan gehabt, „einen Bürgerkrieg in Griechenland vorzubereiten“, behauptete auch der rechtspopulistische Vorsitzende der zweiten (nationalistischen) rechtsradikalen Parlamentspartei „Unabhängige Griechen“, Pános Kamenós.

Reaktionen der Regierung

Die Regierungskoalition zeigte sich darüber alarmiert und kündigte ein entschiedenes Vorgehen an. Jede Anstiftung zu Unruhen und Gewalt sollte unterbunden werden. Nach Hunderten fremdenfeindlichen und rassistischen Übergriffen entschloss sich die griechische Regierung schließlich, härter gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen.⁶ Daraufhin legte sie eilig einen entsprechenden Gesetzentwurf dem Parlament in Athen vor. Wer etwa rassistisches Gedankengut verbreitet, zu Gewalt aufruft oder den Holocaust leugnet, muss demnach künftig mit bis zu drei Jahren Haft und Geldstrafen bis zu 30.000 Euro rechnen. Die Abstimmung über das neue Anti-Rassismus-Gesetz soll noch im November stattfinden. Bislang fehlt in Griechenland eine entsprechende Gesetzgebung. Wer etwa mit dem Hitlergruß grüßt, wird bisher nicht strafrechtlich verfolgt. Mit dem neuen Gesetz versucht die fragile Koalitionsregierung von Antónis Samarás (Néa Dimokratía) vor allem, der neonazistischen Partei „Goldene Morgenröte“ und ihren Anhängern und Sympathisanten das Handwerk zu legen. Sie hatte bei der Parlamentswahl im Vorjahr 6,9 Prozent bekommen und stellt im 300-Sitze-Parlament 18 Abgeordnete.⁷ Zuletzt wurde der Partei bereits die staatliche Finanzierung gestrichen. Die parlamentarischen Rechtsextremen werden seit längerem mit Gewaltverbrechen in Verbindung gebracht: Der Mord an einem linken Rapper auf offener Straße durch einen Sympathisanten der Partei Mitte September erregte besondere Empörung bei der griechischen Bevölkerung. Anfang Okto-

5 Vgl. Heinz-Jürgen Axt: Griechenland: das Kalkül der Linkspopulisten und der Euro, in: Südosteuropa 60, 3/2012, S. 321-345.

6 Vgl. Jutta Lauth Bacas: Griechenland und seine Ausländer: Integration und Exklusion in Zeiten der Krise, in: Südosteuropa 60, 3/2012, S. 410-432.

7 Vgl. Zervakis, a.a.O., S. 431.

ber warf die griechische Justiz Parteichef Nikos Michaloliákos und Dutzenden anderen führenden Mitgliedern vor, die Neonazi-Partei in eine kriminelle Vereinigung umgewandelt zu haben. Sie hätten Menschen verletzt, erpresst und totgeschlagen, Sprengstoffanschläge verübt und Geldwäsche betrieben, heißt es in der Anklageschrift.

Im Spätherbst begann die Regierung Samarás zudem mit der kostenlosen Verteilung von Lebensmitteln an Notleidende. Davon profitieren sollen etwa 800.000 Personen. Das Programm wird bis Ende des Jahres durchgeführt. Als erstes werden Lebensmittel an die Kinderschutzorganisation „Das Lächeln des Kindes“ im Athener Vorort Maroussi verteilt. Organisator ist das Ministerium für Agrarentwicklung. Vorgesehen sind für dieses jährliche Programm 25 Millionen Euro, die von der Europäischen Union und aus nationalen Mitteln kofinanziert werden. Verteilt werden u.a. Teigwaren, Olivenöl und griechischer Hartkäse. Damit die Verteilung nicht neue Ungerechtigkeiten auslöst, sind etwa 1.000 gesellschaftliche Organisationen zuständig. Das Programm unterstützt indirekt auch griechische Produzenten, die die entsprechenden Produkte herstellen. In der jüngeren Vergangenheit hatte vor allem die neofaschistische „Goldene Morgenröte“ mit spektakulären Verteilungsaktionen von Lebensmitteln unter rassistischen Vorzeichen („nur für Griechen“) auf sich aufmerksam gemacht.

Die „verratene Mittelschicht“

Fünf Jahre der Rezession haben Griechenlands Mittelschicht „ausgezehrt“.⁸ Seit 2009 ist das Haushaltseinkommen um fast 30 Prozent gesunken, die Arbeitslosenquote liegt bei 27 Prozent. Sicherlich empfindet sich der Durchschnitts Grieche heute mit einigem Recht als ein Krisenopfer, aber er ist auch zugleich Teil des klientelistisch-populistischen Netzwerks, mit dem die neuen politischen Eliten nach 1974 ihre Wählerbasis schnell festigten. Das zumindest meinte Ex-Vizepremier Theodoros Pangalos (PASOK) mit den Worten, alle Griechen hätten „ein Stück vom Kuchen gegessen“.⁹ Doch möglich wurde diese Krise erst durch Politiker, Medienzaren, die Wirtschaftselite und von der Politik gehätschelte Gewerkschaften des öffentlichen Diensts. Sie waren Teil eines geschlossenen Systems, zu dem viele Griechen keinen Zugang hatten. Die erste nach der Militärdiktatur (1967-1974) gewählte Regierung des Konservativen Kóstas Karamanlís verstaatlichte Banken, Verkehrsunternehmen und Werften. Das Ergebnis war ein expansiver öffentlicher Sektor, in dem viele Parteisympathisanten beider Volksparteien Platz fanden. Sein sozialistischer Nachfolger Andréas Papandréou setzte den Parteienklientelismus fort und versprach zudem vergeblich umfassende Sozialreformen.¹⁰ Die Griechen wurden wohlhabender, jedoch nicht als Folge wachsender Produktivität. Unterstützt wurden die Politiker beider Lager dabei von einer Wirtschaftselite, die im Gegenzug staatliche Aufträge erhielt. Bei den Normalbürgern profitieren längst nicht alle. Privilegiert wurden Gruppen wie die so genannten „geschlossenen“ Berufe wie Notare, Ärzte, Apotheker, Bauern oder Fernfahrer, die vor allem von der staatlichen Misswirtschaft profitierten. Als Griechenland dann der Gemeinschaftswährung beitrug, sanken die Zinsen, öffentliche und private Verschuldung gingen schnell in die Höhe. Der Euro brachte die Illusion des Wohlstands, doch unter den starken Wachstumsraten blieb die ineffiziente Politik der siebziger Jahre bestehen. Dennoch ist Griechenlands Wachstum lange positiv kommentiert worden. „Griechenlands wirtschaftliche Aussichten sehen gut aus“, schrieb die Londoner Times noch 2007. Ökonomen und Analysten zeigten sich überwiegend optimistisch, dass Griechenland seine

8 Vgl. Spiegel Online vom 26.10.2013, in: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenlands-mittelschicht-kaempft-gegen-die-krise-a-923882.html>.

9 Vgl. hierzu auch seit Mitte der neunziger Jahre die gesellschaftskritischen Kriminalromane von Petros Markaris.

10 Vgl. Peter A. Zervakis/Gustav Auernheimer: Das politische System Griechenlands, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, Wiesbaden 2009, S. 819-868.

starken Wachstumsraten beibehalten kann. Erst später begann die Kritik am vermeintlich verschwenderischen Lebensstil der Griechen. Unter dem Druck der internationalen Gläubiger aus EU, EZB und IWF, der so genannten „Troika“, sollen 25.000 öffentliche Angestellte entlassen werden, viele von ihnen sind Lehrer. Die Langzeitfolgen der Einschnitte sind nur zu erahnen, etwa anhand dieser Zahlen: Rund 65 Prozent der Beiträge zur Sozialversicherung werden inzwischen nicht mehr gezahlt. Allein bei der größten Sozialversicherung des Landes entstand so im vergangenen Jahr ein Loch von acht Milliarden Euro. Das gesellschaftliche Gefüge bekommt dauerhafte Risse, auch weil die Eliten aus Politik und Wirtschaft kaum von der Krise betroffen zu sein scheinen. Zuletzt sorgte die so genannte „Lagarde“-Liste für Aufsehen, auf der rund 2.000 Griechen mit Schweizer Konten aufgeführt sind. Obwohl zahlreiche Politiker offenbar halfen, die Liste geheim zu halten, musste bisher nur Ex-Finanzminister Giórgos Papakonstantínou (ND) vor Gericht. Wenig überraschend, denn griechische Regierungsmitglieder sind auch nach Ende ihrer Amtszeit weitgehend vor Strafverfolgung geschützt. Viele Politiker scheinen einfach so weiterzumachen wie bisher. So stellte beispielsweise Regierungssprecher und Ex-Fernsehjournalist Símos Kedikóglou im März 2012 seine deutlich jüngere Freundin in seinem Büro an und entließ sie erst auf öffentlichen Druck. Derselbe verkündete im Juni 2013 überraschend die Schließung des staatlichen Rundfunks ERT und begründete diese tatsächlich mit dem Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft.

Griechischer Sonderweg

Kennzeichen des neugriechischen Staats an der europäischen Peripherie ist seit seiner Gründung 1833 ein stark von der westeuropäischen Norm abweichender, oft als anachronistisch angesehener Sonderweg. Zwei Determinanten machen im Vergleich zu Westeuropa die Besonderheit des griechischen Parteienstaats aus und weisen bei aller institutionellen Wandlungsfähigkeit ein erstaunlich hohes Maß an Kontinuität auf:¹¹ die Dominanz der politischen Führerpersönlichkeiten über die Staats- und Verfassungsorgane sowie der politischen Institutionen, die für die schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft verantwortlich sind, und der traditionell vorherrschende und den Populismus fördernde Parteien-Klientelismus. Letzterer hat sich nach 1974 des griechischen Staatsleviathans personell bemächtigt und ihn für seine partikularistischen Zwecke ausgenutzt. Der europäische Integrationsprozess wurde auf diese Weise schon vor 1981 zu einem Spielball der politischen Parteienkämpfe um die begehrten, von Brüssel finanzierten Staatspfründe. Beide Entwicklungen haben unter dem Druck der Europäisierung und weitgehend unabhängig von den jeweiligen parteiideologischen Ausrichtungen für das Fortleben der im 19. Jahrhundert entstandenen Spaltung von Staat und Gesellschaft gesorgt: zwischen den westlichen, reformorientierten Modernisierern/Europäisierern auf der einen und den hellenozentrischen, orthodox-konservativen Traditionalisten/Populisten auf der anderen Seite. Der jeweilige Stand ihrer Auseinandersetzungen bestimmt seither sowohl die Reformeinsicht als auch das in der Öffentlichkeit und in der politischen Elite jeweils vorherrschende Europabild.¹²

Weiterführende Literatur

Aristos Doxiadis/Manos Matsaganis: National populism and xenophobia in Greece (Project „Recapturing Europe’s Reluctant Radicals“, Counterpoint), London 2012.

Südosteuropa, Jg. 60, 3/2012, Schwerpunkt: Griechenland.

George N. Tzogopoulos: Griechische Politik und die „Goldene Morgenröte“, in: Religion & Gesellschaft in Ost und West, Jg. 41, 6/2013, S. 9-11.

11 Peter A. Zervakis: Der Hellenozentrismus als Fremdkörper in der Europäischen Union?, in: Franz Knipping/Matthias Schönwald (Hrsg.), Aufbruch zum Europa der zweiten Generation, Trier 2004, S. 405-431.

12 Vgl. Griechenland Zeitung vom 1.11.2013, in: http://www.griechenland.net/news_details.php?siteid=15243.